

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 43 (1963-1964)
Heft: 3

Rubrik: Rundschau

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 16.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

RUNDSCHAU

DIE JAPANISCHE BESETZUNG INDONESIENS BESCHLEUNIGTE DESSEN UNABHÄNGIGKEIT

Solange das Kolonialsystem als selbstverständlich angesehen wurde, schien die Verwaltung von Holländisch-Indien keinen Anlaß zu Beanstandungen zu geben. Die Kolonie brachte den holländischen Unternehmern immer größeren Reichtum. Großzügige Bewässerungsanlagen dienten dem Anbau von Reis, Zucker und Tabak. Tee wurde ausgeführt. Die Kautschukindustrie blühte. Die Ausbeutung der Zinnbergwerke und der Petroleumquellen lieferte wertvolle Exporte. Daneben wurden wesentliche soziale Fortschritte auf folgenden Gebieten erzielt: Hygiene, Krankenfürsorge, Erziehung, Wohnverhältnisse und Ernährung. Diese Erfolge kamen in den Städten und überall, wo Europäer wohnten, zur Geltung, während der Zustand vieler rein indonesischer Bezirke primitiv blieb. Die Holländer lehnten im Prinzip die Rassentrennung ab, doch war sie durch das Schulsystem praktisch verwirklicht, da es getrennte Schulen für Europäer, Asiaten und Eingeborene gab. Die Institute, an denen Eingeborene eine höhere Erziehung erhalten konnten, waren unzureichend; von gleicher Bildungsgelegenheit für alle konnte keine Rede sein. 1940 waren noch neunzig Prozent der Eingeborenen Analphabeten.

Bis zum Ende des letzten Jahrhunderts war die Verwaltung vollständig zentralisiert; sie wurde vom Generalgouverneur und seinen Beamten ausgeübt, während entscheidende Beschlüsse von einem Indienrat in Holland gefaßt wurden. Die eingeborenen Fürsten hatten holländische Berater. Zu Beginn dieses Jahrhunderts erfolgte eine gewisse Dezentralisation, und es wurden autonome Regentschaften gebildet. Auch die städtischen Gemeinden genossen weitgehende Selbstverwaltung. Ihre Ratsversammlungen umfaßten ernannte und gewählte Mitglieder, unter denen die europäischen zunächst wesentlich zahlreicher waren als die

eingeborenen. Erst allmählich erhielten die Eingeborenen einen größeren Anteil an der Mitgliedschaft, doch bestand noch 1941 überall eine kleine europäische Mehrheit. Der Generalgouverneur behielt das Recht der Intervention und Kontrolle, auch blieben die städtischen Gemeinden europäische Enklaven. Diese Verhältnisse erhöhten die Spannungen zwischen den Eingeborenen und der holländischen Verwaltung.

Unter dem Druck der öffentlichen Meinung während des Ersten Weltkrieges beschloß die holländische Regierung die Einsetzung eines «Volksraads» in Batavia aus zum Teil ernannten, zum Teil gewählten Mitgliedern. Nach 1927 sollten die Indonesier größere Selbständigkeit erhalten, aber die in liberalem Sinn gegebenen Versprechungen wurden infolge der späteren reaktionären Einstellung der holländischen Regierung nicht gehalten. Bis zum Einfall der Japaner war der holländischen Regierung auch bei allen Beschlüssen des Volksrats das Recht der Intervention vorbehalten, und die indonesische Freiheitsbewegung wandte sich gegen diese Abhängigkeit von der Kolonialregierung.

Die Unzufriedenheit der Eingeborenen wuchs infolge der 1930 beginnenden wirtschaftlichen Krise. Während die holländische Regierung für die allgemeine Not verantwortlich gemacht wurde, setzte ein Propagandafeldzug zu Gunsten Japans ein, in dem die Prosperität in den unter Japans Führung stehenden asiatischen Ländern als vorbildlich beschrieben wurde. In diesen Jahren beherrschten die Japaner den indonesischen Einzelhandel. Ihre billigen Importe konnten von der verarmten Bevölkerung eher gekauft werden als die teuren holländischen Waren.

Schon zu Beginn dieses Jahrhunderts erstrebten die indonesischen Intellektuellen eine schnellere Entwicklung ihres Landes,

als es der auf materielle Vorteile bedachten holländischen Regierung genehm war. Die erste große, 1908 gegründete nationale Partei, deren Mitglieder hauptsächlich Aristokraten, Intellektuelle und Beamte waren, hatte soziale und kulturelle Fortschritte zum Ziel. Die während des Ersten Weltkriegs vom Westen kommenden Ideen des Selbstbestimmungsrechts faßten bald in Indonesien Fuß. Es entstanden zahlreiche Parteien mit verschiedenen Programmen auf politischem, religiösem, wirtschaftlichem und kulturellem Gebiet. Das Gymnasium von Surabaya, an dem Sukarno zu jener Zeit Schüler war, bildete ein Zentrum des nationalen Geistes. Einige Jahre später kam Sukarno an der technischen Hochschule von Bandung mit nationalen Führern in Kontakt. In der Periode bis 1927 bereitete sich die nicht-kooperative Unabhängigkeitsbewegung vor. Die große islamische Partei «Sarekat Islam», die in kurzer Zeit zwei Millionen Mitglieder zählte, suchte die Unabhängigkeit auf loyalen Weg zu erreichen. Keine der Parteien, außer der 1920 gegründeten kommunistischen, wollte den gewaltsamen Umsturz. Die kommunistischen Parolen aber zündeten bei einem Teil der schlecht bezahlten indonesischen Arbeitern; die Partei organisierte 1926 und 1927 Aufstände in Java und Sumatra und wurde daraufhin verboten.

Es folgte eine Zeit aktiver nationaler Tätigkeit mit der Gründung zahlreicher neuer Parteien. Einige glaubten, ihr Ziel durch legale Zusammenarbeit mit der Regierung zu erreichen. Die von Sukarno gegründete «Nationale Partei» lehnte jedoch die Zusammenarbeit zu Gunsten der «revolutionären Evolution» ab. Ihr Wahlspruch war «Ein Volk, ein Land, eine Sprache» (um das Volk zu einigen, war die Entwicklung einer einheitlichen malaiischen Sprache notwendig), und Sukarno verstand es, die Bedeutung dieser Schlagworte durch Reden und in der von ihm herausgegebenen Tageszeitung klar zu machen. Weil er Gesetz und Ordnung gefährdete, wurde er 1929 zu vier Jahren Gefängnis verurteilt und seine Partei aufgelöst. Nach weniger als drei Jahren wurde er freigelassen, aber 1933 verhaftete man ihn wieder und internierte ihn gleichzeitig mit Hatta

und Sjahrir, den beiden anderen prominenten Führern der nationalen Bewegung.

Von 1937 an änderte die holländische Verwaltung ihre Haltung und erklärte sich bereit, mit den nationalen Parteien zusammenzuarbeiten. Es wurden wiederum neue Parteien gebildet. Kurz vor der japanischen Besetzung erklärte sich eine Partei zur Unterstützung der Regierung bereit, sofern eine Miliz zum Widerstand gegen die Japaner gebildet würde.

Trotz der Loyalität dieser Parteien weigerte sich die holländische Verwaltung, die geforderten Reformen zu gewähren. Die letzte Weigerung fiel schon in die Zeit nach der Besetzung Hollands durch die deutsche Armee, als Indonesien auf sich selbst gestellt war. Sie zeigte den für die Unabhängigkeit Kämpfenden, daß sie nicht auf holländische Unterstützung rechnen konnten. Um diese Zeit — 1940 — wurde in mehreren offiziellen japanischen Reden die Absicht verkündet, nach Süden vorzustoßen, um die «Greater Asian Prosperity Sphere» zu verwirklichen. Die japanischen Führer planten das «Empire der Südsee». Im Kriegsverbrecherprozeß in Tokio kennzeichnete der frühere Premier Tojo die japanischen Absichten mit den Worten: «Wir hofften, Regierungen nach den Wünschen der Bewohner einzusetzen, wie die Regierung von Mandschukuo, in Übereinstimmung mit unserer ostasiatischen Politik.» Damit stellte er freilich die japanischen Absichten selbstloser dar, als sie in Wirklichkeit gewesen waren.

Nach dem Fall Hollands begannen die Verhandlungen mit der holländischen Verwaltung Indonesiens, damit diese eine friedliche Durchdringung des Archipels gestatte. Japan verlangte die Beibehaltung und in einigen Fällen die Erhöhung der Lieferung für Japan wichtiger Rohmaterialien. Daneben wurde die japanische Spionage und Propaganda durch Einwanderer und eine von Japan subventionierte Presse fortgesetzt. «Japan wird den Islam retten» war eines der wirkungsvollsten Schlagworte. Die japanischen Bemühungen um eine kampflose Eroberung scheiterten am Widerstand der Verwaltung. Trotz der nationalen Bewegung glaubten die Holländer in Indonesien an die

grundsätzliche Loyalität der Eingeborenen. Sie evakuierten nicht; sie unterzogen sich mutig den scharfen japanischen Maßnahmen gegen sie und meinten, damit ihr Recht auf ihren Kolonialbesitz zu wahren.

Als sich die holländische Militärmacht dem Feind nicht gewachsen zeigte, sank das holländische Prestige bei den Eingeborenen. Die Indonesier leisteten kaum Gegenwehr und dachten weder an einen Guerillakrieg noch an eine geheime Widerstandsbewegung. Die Masse des Volkes verhielt sich passiv; bei vielen waren die Japaner wegen ihrer billigen Waren, ihrer Propaganda und ihrer Höflichkeit beliebt. Der linke Flügel der nationalen Parteien erkannte zwar die Gefahr, die von dem imperialistischen Japan drohte, war aber unter dem bestehenden Kriegsrecht zur Untätigkeit verurteilt.

Die Japaner schafften alle demokratischen Einrichtungen als prowestlich ab, lösten den Volksrat auf, ersetzten die hohen holländischen Beamten durch japanische und gaben den wenigen, vorerst belassenen javanischen Fürsten ihre Direktiven durch japanische Berater. Die Fürsten mußten der Militärregierung Gehorsam schwören. Die unteren indonesischen Beamten wurden beibehalten, mußten aber auch unter japanischer Aufsicht arbeiten. Sie erhielten jedoch höhere Gehälter, während man diejenigen der noch im Amt befindlichen Holländer herabsetzte. Es wurden mehr Indonesier als Beamte und Angestellte beschäftigt; ihre Tätigkeit erhöhte ihr Selbstvertrauen und ihre Erfahrung, die sie später ermutigten, der wiederkehrenden holländischen Herrschaft Widerstand zu leisten. Die Ausschaltung der Europäer war oberstes Ziel der Japaner; ihre Behandlung in den Konzentrationslagern war offen auf deren Vernichtung gerichtet. Als die japanischen und die neu eingesetzten indonesischen Beamten sich später als inkompetent und korrupt erwiesen, wurden die Holländer beschuldigt und Monsterprozesse mit illegalen Druckmitteln und Folterungen inszeniert. Alles war darauf abgestellt, die Holländer verächtlich zu machen. Etwa vom Jahre 1943 an machte sich infolge der für Japan ungünstigen Kriegslage Nahrungsmittelmangel bemerkbar. Um diesem abzuhelpen, wurden die

Rationen in den Gefangenenlagern auf ein Minimum herabgesetzt, so daß viele Insaßen an Hunger und Epidemien zu Grunde gingen.

Wenige Monate nach ihrer Landung gaben die Japaner Sukarno, Hatta und Sjahrir sowie anderen nationalen Führern die Freiheit. Fast alle erklärten sich bereit, am Aufbau Indonesiens im japanischen Sinn mitzuwirken; Sjahrir hielt sich verborgen und arbeitete im Geheimen gegen die Japaner. Sukarno, Hatta und zwei andere Freiheitskämpfer bildeten zusammen das «Vierblättrige Kleeblatt», mit dessen Zustimmung die japanischen Maßnahmen von der eingeborenen Bevölkerung williger befolgt wurden. Man hat diese vier Führer als Kollaborateure gebrandmarkt, aber im Licht der späteren Ereignisse muß man Sukarnos Versicherung anerkennen, daß nur dank ihrer Mitarbeit die Unabhängigkeitserklärung vom 17. August 1945 möglich wurde. Während die Japaner den Eindruck zu erwecken suchten, daß sie Indonesien die Unabhängigkeit geben würden, war es Sukarno und seinen Freunden klar, daß sie die geistige und wirtschaftliche Bindung an Japan erstrebten. Viele japanische Verordnungen förderten die indonesische Bereitschaft zur Unabhängigkeit. Die holländische Sprache wurde sogar im privaten Verkehr verboten, der Besitz holländischer Bücher war strafbar, die Erziehung wurde allgemein den Indonesiern anvertraut. So entstand eine einheitliche indonesische Umgangssprache, die Elemente der Dialekte und technische Ausdrücke aus fremden Sprachen in sich aufnahm. Schulgeldfreiheit und ein einheitlicher Lehrplan wurden eingeführt. Auch die reichen Indonesier mußten ihre Kinder in die allgemeinen Primarschulen schicken; die auf diese Weise erreichte Verminderung der Klassenunterschiede kam später dem von Sukarno angestrebten Sozialismus zugute. Frühere Lehrer erhielten einflußreiche Stellen in der Verwaltung und spielten nach 1945 eine Rolle in der Revolution. Das Schlagwort «Befreiung vom Joch der Ungläubigen», nämlich der Holländer, und die japanische Unterstützung des Islams wirkten einigend auf die Mohammedaner. Technische Schulen, die medizinische

und die juristische Hochschule wurden wieder eröffnet. Die Militärregierung setzte die Prüfungsanforderungen herab. Tatsächlich erzog man extremistische Führer, die sich zuerst gegen die Europäer, dann aber gegen die Japaner selbst wandten.

Die Indonesier erkannten bald, daß die wirtschaftlichen Veränderungen nur den japanischen Interessen dienten. Das bisher dem Anbau von Tabak, Zucker, Tee und der Gummierzeugung dienende Land wurde für Reispflanzungen benutzt, denn es war schwierig, die 700 Millionen Menschen Asiens während des Krieges zu ernähren. Zinn war für die Japaner nicht wichtig, dagegen förderten sie die Ausbeute an Nickel und Kupfer. Japanisches Kapital sollte die indonesischen Gesellschaften kontrollieren und billiges Rohmaterial nach Japan geliefert werden. Durch Vorschriften der Militärregierung wurden Preise und Löhne ein Jahr lang stabil gehalten, dann aber setzte Inflation ein, und 1945 hatte das indonesische Papiergeld nur noch ein Vierzigstel seines ursprünglichen Wertes.

Als die Kriegslage sich mehr und mehr gegen Japan wandte, standen nicht mehr genug Schiffe für den Warentransport zur Verfügung. Armut und Hunger verbreiteten sich auf den Inseln. Die notwendigen Arzneien wurden knapp, und die Krankenversorgung verschlechterte sich. Daneben wuchs die Anmaßung der japanischen Soldaten, die von jedermann begrüßt werden mußten. Besondere Erregung verursachte das Schicksal der Hunderttausende indonesischer Arbeiter, die zu schweren Dienstleistungen für die japanische Armee in entfernte Gegenden verschickt wurden und von deren Verbleib niemand etwas wußte. Die allgemeine Unzufriedenheit äußerte sich in örtlichen Aufständen gegen die Japaner.

Schon 1943 wurde dem «Vierblättrigen Kleeblatt» erlaubt, zwecks Zusammenarbeit mit den japanischen Behörden, eine politische Partei zu gründen. Bald darauf erklärte Premier Tojo, daß die Unabhängigkeit Indonesiens vorbereitet würde. Dies geschah durch die Einrichtung örtlich begrenzter «beratender Versammlungen» und einer zentralen Organisation, zu deren Präsident

Sukarno ernannt wurde. Trotzdem wurden die indonesischen Führer nicht zu der großen asiatischen Konferenz eingeladen, die im November 1943 in Tokio tagte. Da die Militärregierung in Batavia die Unabhängigkeit Indonesiens, angesichts der Kriegslage und der Stimmung im Volk, als unerläßlich betrachtete, gab sie einer Delegation der «Zentralen beratenden Versammlung», der Sukarno, Hatta und andere angehörten, die Erlaubnis, nach Tokio zu reisen, um dort die indonesischen Wünsche vorzubringen. Die Delegation versprach wirksame indonesische Mitarbeit im Krieg gegen die Zusage der Unabhängigkeit und die Erlaubnis, die indonesische Flagge zu hissen. Am dritten Jahrestag der japanischen Landung in Java, am 1. März 1945, verkündete der Kommandant der Armee die Bildung eines «Untersuchungskomitees für die Vorbereitung der indonesischen Unabhängigkeit». Das Untersuchungskomitee sollte zunächst die Probleme studieren, die sich für Indonesien als Staat in einem größeren Ostasien stellten. Die Gewährung der Unabhängigkeit erschien dem Kommandanten als einziges Mittel, sich das Vertrauen der Indonesier und ihre Mithilfe im Krieg zu sichern. Seine vorgesetzten Stellen sahen freilich diese Notwendigkeit nicht ein und wünschten, erst später zu entscheiden, welche Teile des Archipels für die Unabhängigkeit reif seien.

Sukarno wurde Präsident des Untersuchungskomitees. An seiner ersten Sitzung hielt er eine Extempore-Rede — sie ist heute in Indonesien bekannt, ja berühmt —, in der er die Ziele der Unabhängigkeitsbewegung umschrieb, für die er seit mehr als 25 Jahren gekämpft hatte. Eines ist die Einheit des neuen Staates, der alle von den Holländern besetzten Inseln, einschließlich West-Irian (West-Neuguinea), umfassen sollte. Was Sukarno an dieser ersten Sitzung verkündete, blieb der leitende Gedanke bis zur Gründung des indonesischen Staates im Jahre 1949. In Sukarnos Sinn hat erst die am 1. Mai erfolgte Übernahme West-Neuguineas die Einheit Indonesiens verwirklicht.

Als die Regierung in Tokio mit der japanischen Niederlage rechnen mußte, drängte sie, im Gegensatz zu ihrer früheren Unnach-

giebigkeit, auf Beschleunigung der Unabhängigkeit Indonesiens. Der Wirtschaftsapparat mit Finanzen, Industrie, Eisenbahnen und Häfen sollte Indonesien übergeben und das Freiwilligenkorps unter indonesische Kontrolle gestellt werden. Java, der fortgeschrittenste Teil des Archipels, sollte «den Edelstein der Unabhängigkeit» Anfang September 1945 erhalten. Jedoch fiel am 6. August die Atombombe auf Hiroshima, und Japan nahm am 10. August die Bedingungen der Deklaration von Potsdam an. Sobald die japanische Unterwerfung bekannt wurde, versammelten sich in Batavia Tausende junger Leute und verlangten die sofortige Unabhängigkeitserklärung. Sukarno und Hatta

brachten es fertig, die Entscheidung bis zum nächsten Tag, dem 17. August, hinauszuschieben. Obwohl nach der Deklaration von Potsdam Japan keine Rechte mehr in Indonesien zustanden, stimmte das Militärkommando der Unabhängigkeitserklärung zu. Nachdem die für den September vorbereitete Konstitution der neuen Lage entsprechend eilig abgeändert worden war, wurde der 17. August 1945 der Geburtstag Indonesiens, und die Wiederkehr der Holländer konnte die durch die japanische Besetzung beschleunigte Unabhängigkeit nicht mehr rückgängig machen.

Frances Hill

EIN UNBEKANNTES ZEUGNIS AUS AFRIKA

Nach der Rückkehr von Rom nach Cape Coast (Ghana) erfuhr der dort residierende Erzbischof John Kodwo Amisah, daß einer seiner einheimischen Priester verhaftet worden war und sich im Gefängnis befand. Was war der Grund seiner Verhaftung? Nkrumah ist der Präsident von Ghana, und man beginnt einen starken Kult mit ihm zu treiben, der in unangenehmer Weise an den Personenkult anderer, uns in Europa sattem bekannter Vorbilder erinnert. Nun, dieser junge Priester hatte einen warnenden Artikel geschrieben, nicht gegen den Präsidenten Nkrumah, sondern gegen den überhandnehmenden Nkrumahismus, den er als wachsende Gefahr für sein Land empfand. Daraufhin erfolgte kurzerhand seine Verhaftung. Der Erzbischof gelangte an die geeigneten Stellen in der Behörde, um entweder eine sofortige öffentliche gerichtliche Aburteilung oder die Freilassung seines Priesters zu erwirken. Als man ihm jedoch bedeutete, daß der Geistliche vorläufig auf «unbestimmte Zeit» im Untersuchungsgefängnis bleiben müßte, sagte der Erzbischof ruhig, in diesem Fall gehöre der Bischof selbstverständlich an die Seite seines Priesters.

Und was tat der hochwürdige Erzbischof John Kodwo? Er nahm sich eine Decke und richtete sich auf den Stufen des Gefängnisses häuslich ein. Nachts schlief er dort, und schon am ersten Morgen brachten ihm seine Gläubigen einen kleinen, tragbaren Altar, an dem er die Heilige Messe zelebrierte. Die Gläubigen und andere Passanten, die neugierig auf ihrem Weg anhielten, assistierten bei dieser Messe, und er hielt ihnen eine Predigt. Man brachte ihm dann das Essen, aber er verließ die Stufen nicht. Wieder schlief er dort, und am andern Morgen feierte er erneut auf der Gefängnistreppe die Heilige Messe. Am zweiten Morgen hatte sich die Ansammlung bereits um einige tausend Menschen vergrößert. Gleich wie am Vortag hielt er ihnen eine Predigt, und alle harrten mit ihm während des ganzen Tages aus, indem sie mit ihm zusammen Psalmen beteten und Kirchenlieder sangen. Am dritten Tag kam eine etwa 8000köpfige Menschenmenge zu seiner Messe. In seiner Kirche waren wohl noch nie so aufmerksame und opferwillige Zuhörer anwesend wie hier im Freien. Und wieder sangen sie den ganzen Tag religiöse Lieder. Am Abend bat ihn die Behörde, «um

Gottes willen» sofort von den Gefängnisstufen zu verschwinden, denn eine große Angst vor dieser frommen, immer mehr an-schwellenden Menge hatte sie erfaßt. Also verließ der Erzbischof die Gefängnistreppe — aber nicht ohne seinen verhafteten Priester, den man in aller Eile sofort auf freien Fuß gesetzt hatte.

Diese Begebenheit geschah unmittelbar nach dem Zweiten Vatikanischen Konzil und zeigt die mutige, selbstverständliche Haltung eines jungen, 41jährigen afrikanischen Bischofs.

Abdruck aus ORIENTIERUNG (Katholische Blätter für weltanschauliche Information) Nr. 7 vom 15. April 1963.

INNENPOLITISCHE RUNDSCHAU

Integrationspause?

Nachdem man im letzten Jahr unter dem Eindruck gestanden hatte, daß die europäische Integration nun im Schnellschritt Hürde um Hürde nehmen werde, ist mit dem praktischen Veto de Gaulles gegen einen raschen Eintritt Englands in die EWG für manche Staaten eine Atempause eingetreten. Für die Schweiz zum Beispiel ist die Möglichkeit von baldigen Assoziationsverhandlungen in weite Ferne gerückt. Wenn das Assoziationsbegehren trotzdem nicht zurückgezogen worden ist, so stellt dies mehr eine symbolische Geste dafür dar, daß unser Land nach wie vor an direkten Verhandlungen interessiert ist und integrationspolitisch keineswegs im Schmollwinkel sitzt.

Trotz der äußerlichen Stille wäre es indessen verfehlt, das geflügelte Wort von der «Integrationspause» zum Nominalwert zu nehmen. Die EWG selbst ist in einer Lage, in der Stillstand Rückschritt bedeuten würde. Das psychologische Klima, das eine wesentliche Voraussetzung der Stabilisierung darstellt, hat sich verschlechtert. Auf diesem Hintergrund Auflockerungen zu erwarten, die einen Brückenschlag mit EFTA-Staaten erleichtern könnten, wäre wenig realistisch. Wir haben deshalb allen Grund, die durch die europäische Integration provozierte eidgenössische Standortbestimmung weiterzuführen und den integrationspolitischen Aktionsraum unseres neutralen Kleinstaates noch genauer abzustecken. Die Dinge können plötzlich wieder in Fluß kommen, ganz

abgesehen davon, daß es nicht zuletzt an den EFTA-Staaten liegt, weitere Alternativlösungen für eine vermehrte Koordination der europäischen Kräfte zu entwickeln.

Präsenz auf der europäischen Bühne

Man darf in diesem Zusammenhang wohl feststellen, daß dem Beitritt der Schweiz zum Europarat echte politische Bedeutung zukommt. Zwar wird in Straßburg keine Politik im Sinne von bindenden Entscheidungen gemacht. Es hat sich aber in den letzten Jahren gezeigt, daß die schweizerische Haltung in der Europapolitik nicht immer verstanden worden ist. Auch die schweizerische Neutralität war immer wieder Mißverständnissen ausgesetzt. Diese Feststellung kam für uns neutralitätspolitisch hieb- und stichfest indoktrinierte Eidgenossen vielfach überraschend. Sie zwang uns zu einer differenzierteren Argumentation, die aber nur zu häufig den Charakter eines Monolog annahm. Ein konsultatives Organ wie der Europarat ist nun hervorragend dazu geeignet, um unsere Konzeption auf einem repräsentativen Forum europäischer Meinungsbildung genauer zu erläutern. Es liegt an uns, was wir daraus zu machen verstehen. Die herzliche Aufnahme, die unsere erste ordentliche Delegation in der Maisession gefunden hat, zeigte deutlich, daß wir nach wie vor mit einem erheblichen Maß an Goodwill rechnen dürfen. Unsere Vertretung aber hat mit ihrer bisherigen ausgezeichneten Arbeit einen Maßstab

gesetzt, der hoffentlich auch für die künftige schweizerische Tätigkeit in Straßburg richtungweisend sein wird.

Bewährungsprobe bestanden

Als im Januar dieses Jahres die Verhandlungen Englands mit der EWG scheiterten, lebte die von vielen bereits totgesagte EFTA mit einem Mal wieder auf. Sie bekam plötzlich wieder echtes politisches Gewicht. Sie wurde aber auch einer unverhofften Belastungsprobe ausgesetzt, da sich nun zeigen mußte, ob sie auch bei erweitertem Tätigkeitsbereich handlungsfähig bleibe. Heute darf man sagen, daß sie diese Bewährungsprobe erfolgreich bestanden hat. Nachdem der Ministerrat der EFTA bereits im Februar programmatische Beschlüsse gefaßt hatte, konnte nun am 13. Mai in Lissabon eine weitere Konferenz erfolgreich abgeschlossen werden, bei der es um die materiellen Entscheide ging. Das Ergebnis darf sich sehen lassen. Auf 31. Dezember 1963 sollen die Zölle von 50 auf 40 Prozent gesenkt werden. Die vollständige Liquidation der Zollgrenzen soll bereits Ende 1967 und nicht erst 1970, wie dies ursprünglich vorgesehen war, vollzogen sein. Damit wird die EFTA den gleichen «Fahrplan» wie die EWG haben. Wichtiger noch als der materielle Inhalt dieser Beschlüsse ist aber integrationspolitisch gesehen die Art und Weise, wie sie zustande gekommen sind. Obwohl nämlich — zum Teil mangelhaft vorbereitete — technische Probleme mit erheblichem Schwierigkeitsgrad zu lösen waren, wurde die Einigung in einem Rekordtempo erzielt. Das bedeutet, daß sämtliche Mitgliedstaaten den Wert der EFTA wiederentdeckt haben. Die Politik de Gaulles hat den EFTA-Geist entscheidend gestärkt und den Sinn zur Zusammenarbeit beflügelt.

Dies kam auch in dem Beschluß zum Ausdruck, ein neues Komitee für wirtschaftliche Entwicklungsaufgaben im Rahmen der Sieben zu schaffen. Damit zeichnet sich ein Durchbruch von der bloßen Freihandelszone zur weitergehenden wirtschaftlichen Partnerschaft ab. Aus Brüssel war zu vernehmen,

daß die EWG-Kreise diesen Entscheid mit der Genugtuung von Leuten aufnahmen, die das Gefühl haben, doch noch Recht zu bekommen, darin nämlich, daß eine bloße Niederlegung der Zollschränken nicht ausreichte, um die faktische Wirtschaftsintegration genügend zu fördern. Indessen waren auch die EFTA-Staaten nie kompromißlose Gegner einer engeren wirtschaftlichen Koordination. Es ist aber eine Frage des Maßes. Die Relationen werden sofort deutlicher, wenn man die Bürokratenviertel der EWG in Brüssel mit dem administrativen Apparat der EFTA vergleicht...

Konjunkturpolitische Seitenblicke

Es entbehrt nicht der bitteren Ironie, daß ausgerechnet in einer Phase der «Konjunkturdämpfung» das Lohn- und Preisgefüge ins Gleiten gerät. In Zürich haben es die Gipser sogar für richtig befunden, die Waffe des sozialpolitischen Steinzeitalters, den Streik, anzuwenden, um ihren Forderungen Nachachtung zu verschaffen. Wie in den «guten alten Zeiten» ging es dabei nicht ohne Randalieren ab. Das Ergebnis? In den ersten vier Wochen gingen 16 000 Arbeitstage verloren, fast doppelt so viel wie in den letzten acht Jahren zusammen. Und dies in einer Wirtschaftsphase, die durch chronischen «Arbeitsüberschuß» gekennzeichnet ist! Schwerer noch aber fällt wohl die mit diesen Methoden verbundene Verschlechterung des psychologischen Klimas ins Gewicht. Wenn es uns heute so gut geht, daß es fast zur vaterländischen Pflicht geworden ist, dafür zu sorgen, daß es uns nicht noch besser geht, so ist das nicht zuletzt die Folge des Arbeitsfriedens. Man sollte deshalb meinen, daß alle Sozialpartner an seiner Erhaltung interessiert sind. Aber eben: auch Gewerkschaftssekretäre wollen in den Nationalrat gewählt werden...

Es wäre indessen falsch, wollte man die gegenwärtige Erhitzung des wirtschaftspolitischen Klimas allein auf die besondere Atmosphäre eines Wahljahres zurückführen. Es gibt echte Probleme auf Arbeitnehmer- wie auf Arbeitgeberseite, die heute praktisch

nicht auf allseits voll befriedigende Weise zu lösen sind, weil eben der konjunkturelle Marktmechanismus in mancher Hinsicht nicht im Gleichgewicht ist. Da aber auf weitere Sicht im Grunde alle Interessen gleichgerichtet sind, weil alle im gleichen Boot sitzen, hat es doch wohl wenig Sinn, dauernd Zeter und Mordio zu schreien und den «Schwarzen Peter» der Konjunkturpolitik mit großem Stimmaufwand dem Sozialpartner zuzuspielen. Die Erhaltung des Arbeitsfriedens ist unter den heutigen Verhältnissen keine rein materielle Frage mehr. Sie ist vielmehr eine Frage des politischen Stils. Er war in den letzten 25 Jahren durch eine ausgesprochene Fairneß ausgezeichnet. Diese Fairneß sollte im Interesse der Gesamtheit erhalten bleiben.

Circulus vitiosus

Die konkreten Probleme sind auch dann noch komplex genug, wenn man sie der emotionalen Aufladung durch die politischen Taktiker entkleidet. Das zeigt sich zum Beispiel am viel diskutierten Problem der Mietzinskontrolle. Daß dieses kriegswirtschaftliche Requisite noch immer nicht im Zeughaus verschwunden ist, stellt in gewisser Beziehung ein Charakteristikum unserer Wirtschaftslage dar. Auch hier ist der Markt eben nicht ausbalanciert. Der Mietzinsaufwand im Lebenskostenindex ist im Vergleich zu früheren Zeiten sehr viel höher geworden. Daß alle jene, die glückliche Mieter einer Altwohnung sind, die Weiterführung der Kontrolle glühend verfechten, ist verständlich. Daß sie sich aber auf die Dauer ins eigene Fleisch schneiden, wenn sie gegen jede angemessene Zinserhöhung mit Vehemenz ins Feld ziehen, ist offenbar nur wenigen klar. Es liegt nämlich auf der Hand, daß die häufigen Umbauten von älteren Häusern und der damit verbundene Verlust von preisgünstigen Wohnungen oft eine direkte Folge der Kontrolle darstellen. Künstlich tiefgehaltene Preise haben von jeher die Phantasie angeregt. Jede Investition sollte ihre Rendite wert sein. Wenn dies nicht der Fall ist, kommt es eben zu Verlagerungen, die auf weite Sicht die gutgemeinte Absicht

der reglementierenden öffentlichen Hand ins Gegenteil verkehren.

Auch eine Frage der Weltoffenheit

Im Rahmen der integrationspolitischen Standortbestimmung unseres Landes spielt der Hinweis auf die weltoffene Solidarität der Schweiz eine große Rolle. Neutralität ist nicht Isolationismus. Sie hat unser Gemeinwesen nie daran gehindert, seinen Teil an internationalen Pflichten in angemessener Form zu erfüllen. Wir haben indessen mehr denn je allen Grund, dafür zu sorgen, daß es auch weiterhin so bleibt. Eine der wichtigsten Aufgaben, die in diesem Zusammenhang auf uns zukommen, ist die Entwicklungshilfe. In- und ausländische Experten weisen zu Recht darauf hin, daß gerade dem neutralen Kleinstaat ohne «koloniale Vergangenheit» eine besonders wichtige Rolle zufällt. Denn ein Hauptproblem der Entwicklungshilfe besteht ja in ihrer unglücklichen Verquickung mit dem Ost-West-Gegensatz. Dabei sind die Probleme dieser «jungen» Länder auch ohne politische Komplikationen schon schwer genug. Man kann nun keineswegs sagen, daß unser Staat diese Rolle nicht akzeptiert habe. Es ist schon einiges geschehen. Und vor allem ist eine vernünftige Konzeption entwickelt worden, jene der gezielten Hilfe in konkreten Fällen und Aufgabenbereichen. Leider ist es aber so, daß auch hier oft die bestgemeinten Absichten an den sogenannten Imponderabilien scheitern. Das schweizerische Hilfssystem erfordert nämlich die Abordnung von schweizerischen Fachleuten. Nicht daß es an Interessenten fehlen würde. Was aber sehr oft fehlt, ist die Einsicht ihrer Arbeitgeber, ob es nun private oder öffentliche seien. Es ist anscheinend vielfach unmöglich, die Frage der Beurlaubung auf vernünftiger Grundlage zu lösen. Hier täte eine Prise jener Weltoffenheit, die wir in der Theorie täglich für uns in Anspruch nehmen, dringend not.

Zermatter Zwischenbilanz

Echte Skandale sind hierzulande zum Glück selten. Die Skandalblätter sind weitgehend

auf Import und auf hauseigene Produktion angewiesen. Die Zermatter Typhusaffäre war ein Skandal. Im Rückblick ist man aber fast geneigt zu sagen, er sei notwendig oder doch wenigstens fällig gewesen. Es zeigten sich am Rande einige Schmutzwellen, die zunächst viel zu reden gaben. Am Anfang schienen es die verantwortlichen Behörden darauf angelegt zu haben, eine «Volksfeind»-Atmosphäre frei nach Ibsen heraufzubeschwören und jene an den Pranger zu stellen, die es wagten, um der allgemeinen Volksgesundheit willen den klingenden Ausklang der Wintersaison zu gefährden. Die Folgen dieser Taktik dürften aber von selbst dafür gesorgt haben, daß solche Dummheiten nicht so rasch wiederholt werden. — Die Öffentlichkeit nahm auch mit einigem Staunen zur Kenntnis, daß der gesetzgeberische Rahmen für die Bekämpfung von Epidemien bei Tierseuchen sehr viel trägfähiger ist als bei akuten Gefährdungen von Menschen. Was den konkreten «Fall Zermatt» anbelangt, so hat man indessen den Eindruck, daß er nun in jeder Beziehung so gut als irgendetwas bereinigt wird.

Was aber bleibt, ist das bei dieser Gelegenheit kraß aufgebrochene Bewußtsein einer doppelten Problematik. Die eine ist die Tatsache, daß all die Fragen, die unter dem Begriff des Gewässerschutzes zusammengefaßt werden, immer mehr den Charakter eines allgemeinen Notstandes annehmen. Der Tribut an die Technisierung unserer Welt

droht katastrophal zu werden. Die andere Problematik ist ein Strukturproblem unseres Fremdenverkehrs. Viele unserer Kurorte haben offensichtlich über ihre Verhältnisse gelebt. Sie haben es mit andern Worten versäumt, die für den Hochbetrieb notwendigen Voraussetzungen in bezug auf die Infrastruktur zu schaffen. Es ist indessen etwas billig, einfach den Stab über sie zu brechen. Die Fremdenindustrie ist mit schweren Hypotheken belastet. Sie ist sowohl kapital- als auch arbeitsintensiv. Das sind Faktoren, die in buchstäblich unterentwickelten Berggebieten doppelt schwer ins Gewicht fallen. Und die Problematik wird noch zusätzlich potenziert durch die besonderen Verhältnisse eines saisongebundenen Wirtschaftszweiges. Die Geldgeber des Unterlandes sind sehr rasch zur Stelle, wenn es um die Finanzierung einer Bergbahn geht. Für die Finanzierung von Kläranlagen, Wasserversorgungen und Kanalisationen aber fließen die Mittel spärlicher.

Es geht hier nicht darum, alles zu verstehen und damit auch alles zu verzeihen. Es sind zum Teil groteske Fehler gemacht worden, die sich nicht beschönigen lassen. Der ganze Problemkreis ist aber so vielschichtig, daß er nicht von den kleinen Berggemeinden allein bewältigt werden kann. Im Interesse des Landes muß er auf breitester Basis in Angriff genommen werden.

Spectator

KADERSCHULUNG IN ENTWICKLUNGSLÄNDERN

Frühjahrsseminar Sachseln 1963

Hof Oberkirch — Magglingen — Montana — Sachseln, vier wichtige Stationen auf dem Weg zu besserem Verstehen zwischen der Schweiz und den Entwicklungsländern! Das durften sich mit tiefer Befriedigung die Organe des Redressement National (Aktionsgemeinschaft Nationaler Wiederaufbau) sagen, als am 26. April 1963 die «Rigi» in Beckenried mit den über 100 begeisterten Heimkehrern vom IV. Frühjahrsseminar in

See stach. Die über 60 Gäste aus 33 Entwicklungsländern, die in der Schweiz studieren oder einen Stage machen, und die Schweizer Teilnehmer hatten in den sechs Tagen des Seminars voneinander viel gelernt, zahlreiche weltweite Freundschaften waren angeknüpft, das Verständnis für die unermeßlichen Schwierigkeiten der Entwicklungsländer gereift und eine ernsthafte, befruchtende Diskussion in Gang gekommen. Das *Redresse-*

ment National unter der Leitung von Herrn Dr. *Eduard Seiler*, welches auch das diesjährige Seminar finanziert und organisatorisch unterstützt hatte, und die Schweizer Kontaktgruppe (groupes universitaires des relations internationales) unter Leitung der Herren *Walter Renschler* und *Claude Moppert*, welche die Organisation reibungslos abwickelten, verdienen volle Anerkennung und Dank.

Die Vorträge

Ähnlich wie in früheren Jahren brachte jeder Morgen einen fachkundigen Vortrag, dem eine ausgiebige Diskussion der vom Referenten angeschnittenen Fragen folgte.

Die Reihe der Referate eröffnete PD. Dr. H. Fischer von der Forschungsstelle für Arbeitspsychologie an der ETH. Ob man Arbeit oder Muße höher wertet, ist von Volk zu Volk stark verschieden. Anhand schweizerischer Untersuchungen regte der Referent zu vielschichtigen Spekulationen über diese Unterschiede an.

Dr. Peter Groß, der jugendliche Generalsekretär des elektronischen Uhrenzentrums in Neuenburg, sprach über «Ökonomische Initialkräfte zur Steigerung der Leistung». Obwohl er klar die liberalen Anschauungen, die unserem Land zu seiner Blüte verholfen haben, herauszuschälen verstand, blieb bei vielen Teilnehmern ein bitterer Nachgeschmack. Denn der Referent erweckte den Eindruck, damit auch für die Entwicklungsländer direkt anwendbare Verhaltensregeln zu geben. Die anschließende lebhaftere Diskussion zeigte, daß für die Gäste das marktkonforme Spiel der wirtschaftlichen Auftriebskräfte bestenfalls ein Endziel sein kann, weil die Voraussetzungen zur Industrialisierung ohne Planung, Zollschutz und Subventionen, gerade wegen des Vorsprungs der Industrieländer, vorläufig noch fehlen. Denn in den hochindustrialisierten Ländern ist die freie Entfaltung der Persönlichkeit und Initiative für die Erzielung von Spitzenresultaten in Forschung und Unternehmensführung unerlässlich. Für die Entwicklungsländer aber, die noch für lange Zeit auf eigene Forschung verzichten wer-

den, weil das, was sie von uns übernehmen können, immer noch weit ihrer Entwicklungsstufe vorausseilt, haben die Probleme eine andere Perspektive.

Die glänzenden Sachkenntnisse des dritten Referenten, Herrn Dr. Paul Trappe von Prof. Behrendts Institut für Soziologie und sozio-ökonomische Entwicklungsfragen der Universität Bern, beeindruckten die Gäste sichtlich. Er behandelte das wichtige Thema «Die Bedeutung des Mittelstandes». Als nicht weniger sachkundig zeigte sich P. Bungenier, der Leiter des «Centre Africain» in Genf, über Probleme der Kadenschulung. In sympathischer, offener Weise verglich er die Schulung der Kader in den Entwicklungsländern und bei uns. Mit demselben Thema setzte sich tags darauf der am «Institut des Hautes Etudes Internationales» in Genf arbeitende Dr. Abi-Saab aus Ägypten auseinander. Seine völlige Vertrautheit mit der Materie kam vor allem in der Diskussion klar zur Geltung. Minister Dr. A. Lindt, der neuernannte Delegierte des Bundesrates für technische Zusammenarbeit, hielt als Abschluß des Seminars eine magistrale Rede, in der er in erster Linie die schweizerische Bereitschaft unterstrich, den Ruf der Entwicklungsländer nach vermehrter Hilfe ernstzunehmen. Wenn auch die etwas zu positive Würdigung der bisher von der Schweiz geleisteten Entwicklungshilfe störte — denn darin liegt ja unser reiches Land noch stark im Rückstand — so war der Besuch des in diesen Fragen maßgebenden Vertreters der Bundesverwaltung doch äußerst wertvoll und recht eigentlich ein Höhepunkt des Seminars.

Das Rahmenprogramm

Am Nachmittag wechselten Gruppendiskussionen, in denen in kleinem Kreis die Themen vertieft wurden, mit Besichtigungen ab.

Die *Besichtigungen* galten größeren Betrieben rund um Luzern: der Aufzügefabrik Schindler in Ebikon, der Bell-Maschinenfabrik in Kriens und der Viscose in Emmenbrücke. Ferner besichtigte eine Delegation das neue Technikum Luzern. Bei diesen Be-

suchen standen nicht die technischen Probleme im Vordergrund, sondern die sozialen, das heißt die Arbeitsbedingungen, die Löhne und Sozialleistungen, die Formen des Zusammenschlusses, das Verhältnis Arbeitnehmer-Arbeitgeber, das Fremdarbeiterproblem usw. Ein offizieller Empfang durch die Stadt Luzern und ihren Stadtpräsidenten, Dr. Kopp, im alten Rathaus mit seiner reichen Vergangenheit hat zum äußeren Glanz des Seminars viel beigetragen.

Die Abende überließ man mehrheitlich der freien Gestaltung der Teilnehmer. Ernste, heftige Diskussionen, Spaziergänge und Lagerfeuerszenen am romantischen Sarnersee, Gesang und Tanz, oft mit folkloristischem Einschlag, und gemütliches Beisammensein — so vergnügte man sich lange über die offizielle Polizeistunde hinaus. Zudem waren die Seminarteilnehmer an einem Abend in Luzern Gäste von Schweizer Familien, eine Idee, die sich trotz der organisatorischen Probleme sehr bewährt hat. Am Schlußabend, an dem eine Fondue zum guten Start verhalf, löste eine hervorragende Obwaldner Trachten-, Jodler- und Alphorngruppe helle Begeisterung aus.

Es ist diese besondere Mischung seriöser Arbeit und Diskussion mit geselligem Beisammensein und gemeinsamen Erlebnissen, dank der im Frühjahrsseminar menschliche Brücken entstehen, die vielen unseren Gästen sonst in der Schweiz so sehr fehlen und die oft noch viele Jahre weiterdauern.

Thesen zur Kaderschulung

Zahllos sind die Gedanken, die von den Gästen zum Thema «Kaderschulung in Entwicklungsländern» geäußert wurden. Dabei widerspräche es der Zielsetzung des Seminars, wenn man erwarten wollte, am Schluß habe man sich auf eine Resolution geeinigt. Immerhin schälen sich einige wesentliche Akzente heraus.

Allgemein wird die Erziehung als die dringlichste Investition angesehen, und zwar auf allen Stufen. Aber erst auf der Mittelschulstufe besteht die Notwendigkeit der kräftigen Unterstützung von außen durch

Entwicklungshilfe. Noch stärker ist dieses Bedürfnis für technische Schulen und Universitäten. Die Anhänger eines Studienaufenthaltes in einem industriell und bildungsmäßig fortgeschrittenen Land, also eines Milieuwechsels, und die Anhänger des forcierten Ausbaus der höheren Bildungsstätten in den Entwicklungsländern hielten sich etwa die Waage. Verschiedentlich wurde auch die große Bedeutung umfassender Erwachsenenbildung hervorgehoben, um das Analphabetentum zu beseitigen und die ganze Bevölkerung zur Übernahme wesentlicher Teile der abendländischen Lebensweise und Technologie bereit zu machen. Die Gäste waren sich einig, daß die Geringschätzung der manuellen Arbeit in Entwicklungsländern ein Haupthindernis der Industrialisierung und Hebung des Lebensstandards bildet. Als Abhilfe wurde das intensive Befassen mit handwerklicher und technischer Arbeit schon in der Primarschule und eine eigentliche Indoktrination der Schüler in dieser Richtung vorgeschlagen. Überhaupt war man sich der Probleme des Arbeitsethos in den außer-europäischen, vor allem in den tropischen Gebieten, durchaus bewußt.

Eine andere bedeutende Erschwerung des technologischen Fortschrittes sahen viele Gäste in der Korruption und Bürokratie einer großen Zahl der Entwicklungsländer. Die Offenheit, mit der sie darüber sprachen, hat uns Schweizer verblüfft.

Grundfragen

Nicht nur von den Referenten, auch von vielen Diskussionsvotanten wurde unterstrichen, daß es bei der Formung von Kadern in erster Linie darauf ankommt, sie zur Verantwortlichkeit zu erziehen. Zum Kader darf nur gerechnet werden, wer seine gehobene Stellung nicht allein zur Förderung seiner privaten Ziele verwendet, sondern sich für seine Mitmenschen und für allgemeine Aufgaben verantwortlich fühlt. So zog sich durch die Diskussionen wie ein roter Faden die Erkenntnis, daß materieller Wohlstand nicht der Weisheit letzter Schluß sei.

Über den engeren Rahmen des Themas hinaus gingen besonders verschiedene Voten von Afrikanern. Dort ist das persönliche wie das nationale Selbstbewußtsein noch sehr bedroht, weil der Bildungsstoff meist noch völlig auf die einstigen Kolonialherren abgestimmt ist. Damit zusammen hängt der Kampf für eine strikte Respektierung der Menschenwürde im Sinne der Gleichberechtigung der Rassen und die scharfe Verurteilung der Rassendiskriminierung in der Südafrikanischen Union und auch in den USA.

Vor drei Jahren...

Seit dem ersten Seminar in Hof Oberkirch hat sich die Grundstimmung bei den Vertretern der Entwicklungsländer wesentlich ver-

ändert. Ihre Empfindlichkeit von einst gegen Kritik und ungeschickte Äußerungen ist verschwunden, sie selber reden schonungslos von den eigenen Fehlern. In vielen Fällen zeigt sich bei ihnen fast eine Resignation vor der Unermeßlichkeit der Probleme ihrer Länder.

Gleich geblieben ist aber sowohl der Programmaufbau des Seminars — wenn sich auch die Thematik mehr und mehr von der Schweiz zu den Entwicklungsländern verschoben hat — als auch der freundschaftliche Geist unter den Teilnehmern. So kehrten auch heuer hundert aktive Vorkämpfer einer besseren Verständigung zwischen der Schweiz und den Entwicklungsländern in den Alltag der Universitäten und Fabriken zurück.

Ullin Streiff

QUERSCHNITT DURCH NEUE WIRTSCHAFTSZEITSCHRIFTEN

Internationale Wirtschaftsprobleme

Die allgemeine Bestürzung, die das Scheitern der Verhandlungen zwischen der EWG und Großbritannien am 29. 1. auslöste, hat auch in der ausnahmsweise auf die beiden Monate März und April beschränkten Berichtsperiode nur wenig nachgelassen. Um die *europäische Integration* ist es (ebenso wie übrigens auch um die atlantische Wirtschaftsgemeinschaft) in dieser Zeitspanne auffallend still gewesen. Nur die Arbeit von Dr. Otto Fischer über «Steuern, Finanzen und EWG» in Nr. 3 der «Steuer-Revue» und die «Splitter zur Integrationsfrage» in der «Schweizerischen Gewerbe-Zeitung» vom 8. 4. können ebenso auf Beachtung rechnen wie der «Economist», der am 20. 4. eine Serie von Artikeln zu der Frage beginnt, für wen nach dem französischen Veto gegen die Aufnahme Englands in den Gemeinsamen Markt die Zeit arbeitet. Im ganzen hat jeder «gute Europäer» zu seinem Leidwesen festzustellen, daß Verhalten und Entschlüsse der europäischen Staaten geradezu ein Muster-

beispiel für den Widerspruch zwischen Theorie und Praxis darstellen. Ohne Unterlaß wird von den Politikern die Notwendigkeit einer Verständigung zwischen den Wirtschaftsböcken betont; in Wirklichkeit tut man indessen auf beiden Seiten alles, um den Graben noch zu vertiefen. Wahrlich, mit Blindheit ist der freie Westen geschlagen! In die Kategorie gefährlicher Illusionen muß auch die Stellungnahme des «Wochenberichtes» des Bankhauses Bär vom 25. 4. eingereiht werden, der einer «Neufassung der Integrationsformeln» durch ökonomisches Zusammenwirken der USA mit Großbritannien und der übrigen EFTA das Wort redet. Das ureigenste Ziel der atlantischen Wirtschaftsgemeinschaft: die Vertiefung des Welthandels, wird nicht durch eine Verständigung zwischen den angelsächsischen Mächten und der Kleinen Freihandelszone erfüllt; dazu gehört das ganze freie Europa.

Infolge der Klemme, in welche die EWG geraten ist, hat im *GATT*, als einer der wenigen verbliebenen Kontaktstellen für zwischenstaatliche Zusammenarbeit, die bevor-

stehende sogenannte «Kennedy-Runde» für die Verhandlungen über Zollherabsetzungen der bedeutendsten Staaten der Welt untereinander an Wichtigkeit gewonnen. Ihre Bedingungen untersucht im Hinblick auf den «Trade Expansion Act» der USA Dr. Heinz Stranner im Aprilheft der «Wirtschaftsrevue». — Die gleiche Zeitschrift hat sich im März unter dem Titel: «Koordination von Konjunktur- und Lohnpolitik» mit einer Studie des Ausschusses für Konjunkturpolitik in der EWG befaßt. Auch der Präsident des Direktoriums der Schweizerischen Nationalbank, Dr. Schwegler, ist mit seinem Referat in der Generalversammlung des Institutes auf die Wirtschaftsentwicklung eingegangen; die «NZZ» gibt am 25. 3. (Nr. 83) seinen Vortrag ausführlich wieder. Ferner ist der Bericht über die «neueste ökonomische Entfaltung in Ost- und Westeuropa» instruktiv, mit dem die in Genf erscheinende Zeitschrift der Wirtschaftskommission für Europa im April aufwartet. Der soeben erwähnte Dr. Schwegler ist auch der Autor eines Vortrages: «Die freie Wirtschaft in der Belastungsprobe der Überkonjunktur», den die «Agrarpolitische Revue» in Heft 7 publiziert. — Auf dem Gebiete der *Finanzen* distanzieren sich Dr. Schwegler in der «NZZ», Nr. 82 vom 24. 3., und der «Wochenbericht» von Bär am 28. 3. von dem Gedanken einer Goldpreiserhöhung in Raten, wie er durch den Verwaltungsratspräsidenten des Schweizerischen Bankvereins, Dr. S. Schweizer, formuliert wurde. Der «Wochenbericht» von Bär bedauert es am 18. 4., daß es heutzutage mit der vielgepriesenen «Liberalisierung der Kapitalbewegungen» in der Welt noch nicht weit her ist. — Auch während der diesmaligen Berichtszeit hat die Wiener «Industrie» der *Entwicklungshilfe* mehrfach ihr Augenmerk zugewendet; wir lesen in ihren Heften 9, 12 und 15 bemerkenswerte Beiträge zu diesem Thema. Insbesondere wird es in der Schweiz beifällig aufgenommen werden, daß die «Industrie» am 12. 4. die Schweiz als «beispielgebend in der Entwicklungshilfe» anspricht. — *Im übrigen* verdienen ein Artikel von Dr. Herbert Groß (Düsseldorf): «Rohstoffe in neuer Sicht» aus Nr. 3 des «Wirtschaftsdienst» —

Betriebsführung» und die der «Neutralität in Europa» gewidmete «Revue Economique Franco-Suisse» in ihrer Ausgabe von März/April ein achtsames Studium. Auch ist der ausgezeichnete Beitrag von Prof. Dr. Edgar Salin (Basel): «Kartellverbot und Konzentration» lehrreich, mit dem «Kyklos» sein Fasz. 2 von 1963 einleitet.

Aus der Schweizer Wirtschaft und von ihren Problemen

Gegenüber der abgeschwächten Anteilnahme der ökonomischen Presse am internationalen Wirtschaftsgeschehen steht eine gesteigerte Beschäftigung mit den Vorgängen des Geschäftslebens in der Eidgenossenschaft. Zunächst sei auf dessen *konjunkturelle und strukturelle* Momente eingegangen: als in vorderster Linie erwähnenswert können die Mitteilung Nr. 158 der Kommission für Konjunkturbeobachtung: «Die schweizerische Konjunktur im Jahre 1962 und Ausblick auf 1963» als Beilage zum Märzheft der amtlichen «Volkswirtschaft» und die in die Form der «wirtschaftspolitischen Mitteilungen», Nr. 3, gekleidete Arbeit von Prof. Dr. Fritz Marbach: «Aspekte der Wirtschaftsentwicklung in der Schweiz» gelten. Auch der Leitartikel der «Schweizerischen Handels-Zeitung» («SHZ») vom 28. 3.: «Im dirigistischen Fahrwasser» (befindet sich die Konjunkturpolitik) und ein Überblick über das Jahr 1962 für die Uhrenindustrie in «La Suisse Horlogère» vom 4. 4. sind aufschlußreich. Generaldirektor J. Lienhart von der Schweizerischen Volksbank setzt sich in «Finanz und Wirtschaft» («FuW») am 17. 4. mit einigen grundsätzlichen Aspekten der behördlichen Konjunkturereingriffe kritisch auseinander. — Was die Probleme des *Außenhandels* betrifft, so schildert die «SHZ» am 14. 3. die Wirkungen der EFTA-Zollermaßen auf den «Familiärentisch» und fragt am 4. 4., wo «die Basis der Exportkonjunktur liegt». Die «Seite des Beraters» in den «Wirtschafts-Winken» vom März charakterisiert die «Export-Organisation heute». — Auf dem Felde der *Sozialpolitik* wäre aus der «Schweizerischen Arbeitgeber-

Zeitung» (SAZ) vom 7. 3. auf die Orientierung über «das Arztrecht im KUVG» und vom 21. 3. betreffend «den Bundesratsbeschluß über die Beschränkung der Zulassung ausländischer Arbeitskräfte» hinzuweisen, eine Maßnahme, die auch im deutschen «Arbeitgeber» vom 5. 4. einen Kommentar gefunden hat. — Hinsichtlich der Materie von *Finanzen und Steuern* schildert Fürsprecher J.-P. Bonny (Bern) in der «Gewerblichen Rundschau», Nr. 3, «die kalte Progression als ein grundsätzliches Steuerproblem», und in Heft 13 der «SAZ» lesen wir ein Urteil über die Wirkungen der Subventionen des Bundes und der Kantone. Zur «Finanzierung der Weltbank» durch die Schweiz stellen die «Wirtschafts-Notizen» der Schweizerischen Bankgesellschaft im April Betrachtungen an. In der «Steuer-Revue», Nr. 4, behandelt Prof. Dr. Emil Küng «die Überwälzung bei der Umsatzsteuer». Endlich bringt die «Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen» («Kreditwesen») am 15. 4. Meldungen über die Wandelanleihe, die von der Volksbank im Februar aufgelegt wurde und außerdem eine Charakteristik der «Schweizer Großbanken 1962». — *Im übrigen* bildet «das neue Kartellgesetz» das Objekt einer Reihe von Artikeln in den Nrn. 9 bis 13 der «Schweizerischen Gewerbe-Zeitung» mit Dr. Otto Fischer als Verfasser. Auch «La Suisse Horlogère» beleuchtet am 11. 4. dieses Gesetz. Dr. Heinz Meyer (Zürich) erörtert in der «Schweizerischen Versicherungs-Zeitschrift» vom März die «Entwicklungstendenzen der privaten Lebensversicherung». In «La Suisse Horlogère» vom 7. 3. erblickt man die ziffernmäßige Darstellung des Gesamtaußenhandels und der Uhrenexporte während des Januars und in der «SHZ» vom 21. 3. eine inhaltreiche Beilage «Armee und Wirtschaft». Mit einem Nachruf auf den am 2. 11. 1962 verstorbenen Berner Professor Dr. Alfred Amonn aus der Feder von Prof. Dr. Hugo Sieber (Bern) leitet die «Schweizerische Zeitschrift für Volkswirtschaft und Statistik» ihr Märzheft ein. Nationalrat Dr. H. Häberlin begrüßt in seiner «Werkzeitung» vom März das Stockwerkeigentum als Mittel zur Streuung des Besitzes von Wohnraum; im gleichen Presseorgan wirkt ein

Artikel über die «Kunst in der Fabrik» anregend. Mit der Aprilnummer feiern die regelmäßig vielseitig orientierten «Wirtschafts-Winke» ihr zwanzigjähriges Bestehen. Die «SHZ» (in einer Sonderbeilage), die «SAZ» und «La Suisse Horlogère» bringen, alle am 18. 4., besondere Berichte über Bedeutung und Gliederung der Schweizer Mustermesse 1963. Die «Agrarpolitische Revue» vom April zeichnet sich durch einen Leitartikel des Professors Dr. E. Durtschi (Winterthur) aus: «Die wirtschaftlichen Bestimmungen des Landwirtschaftsgesetzes.» Zum Abschluß unseres Kapitels ist noch ein Hinweis auf das «Archiv für schweizerische Wirtschaft und Wirtschaftspolitik» als hervorragende Nachrichtenquelle am Platze.

Notizen aus Gebieten politischen und wirtschaftlichen Interesses für die Schweiz

1. *Aus Europa:* Vom Bereiche der *Benelux-union* legt im «Internationalen Gewerbearchiv» vom März Dr. G. F. A. de Jong (Haag) die «Probleme der Niederlassungspolitik in den Niederlanden» dar, und «Aktuelles von Börse und Wirtschaft» aus der Schweizerischen Volksbank eröffnet dem Leser im April einen Einblick in die geschäftlichen Grundlagen von «drei internationalen Holländern», nämlich Philips, Royal Dutch und Unilever. — Der «Economist» erkundet am 23. 3. die wirtschaftliche Situation, in der sich die *Deutsche Bundesrepublik* befindet. Die Aprilausgabe der Zeitschrift «Deutschland-Schweiz» firmiert als Sondernummer für «Messen und Ausstellungen in Deutschland». Die «SHZ» hebt am 11. 4. mit Genugtuung hervor, daß «Berlin sich behauptet» hat und daß die Schweiz in Europa Berlins zweitbesten Kunde ist. — «Kreditwesen» enthält am 15. 3. eine Übersicht über die «Entwicklungstendenzen der französischen Zahlungsbilanz im Jahre 1962», und am 1. 4. behandelt hier Dr. W. Bing (Paris) «Frankreichs Geld- und Kreditwesen zu Beginn des neuen Jahres». Den «Ursachen der französischen Sozialkrise» geht die Wiener «Industrie» am 29. 3. nach. — Im «Economist» vom 2. 3. kommen erneut Be-

sorgnisse über die Tendenzen für eine Abwertung des Pfundes in *Großbritannien* zum Ausdruck. «FuW» konstatiert am 23. 3. die «unbefriedigende Entwicklung der britischen Ausfuhr». Im deutschen «Arbeitgeber» vom 20. 4. steht als Leitartikel ein redaktioneller Aufsatz über «das britische Expansionsbudget». — *Irland* wird in den «Splittern» der Schweizerischen Volksbank im April als «Sprungbrett für den Export» empfohlen. — Aus der Region der *nordischen Staaten* weiß die «Skandinaviska Banker», Nr. 1 von 1963, über «strukturelle Verschiebungen auf dem schwedischen Kreditmarkt» zu orientieren, und der «Economist» unterrichtet am 30. 3. eingehend über den «Weg Schwedens». — Auch heute wieder sind die «Informationen aus Österreich» mit ihrem brauchbaren Anschauungsmaterial rühmend zu erwähnen.

2. *Aus der übrigen Welt*: «Klippen der Afrika-Entwicklung» kennzeichnet Harry Gädtgens in Nr. 3 der Frankfurter «Monatsblätter für freiheitliche Wirtschaftspolitik» («Monatsblätter»). — «La Suisse Horlogère» vertritt am 28. 3. die Auffassung, daß man sich in *Zentralamerika* auf dem Wege zu einem «großen Gemeinsamen Markt» befindet. Auch die «Außenhandels-Mitteilungen» der Deutschen Bank zeigen sich am 11. 4. beeindruckt von der «wachsenden Bedeutung der *lateinamerikanischen* Freihandelszone». — Gemäß der Wiener «Industrie» vom 8. 3. ist «*der Ferne Osten* ein schwieriger Markt».

Daß die Unabhängigkeit sich für *Algerien* als zweischneidiges Schwert erweist, hebt Joachim Joasten im New-Yorker Wirtschaftsmagazin «Challenge» vom März hervor. — «FuW» nennt am 9. 3. *Argentinien* «in der Pleite befindlich»; im Gegensatz dazu steht in der gleichen Zeitschrift vom 11. 4.

«*Brasilien* im Zeichen der Austerity». — Und wieder ist es «FuW», die am 16. 3. betont, daß *Israel* in Erfüllung des Wirtschaftsplanes seiner Regierung 1970 ökonomisch unabhängig zu werden verspricht. — «*Japans* Sozialstruktur und Wettbewerbsposition» wird am 20. 3. im deutschen «Arbeitgeber» verdeutlicht. — Auf den *Sudan* als «entwicklungsfähiges Absatzgebiet» macht die Wiener «Industrie» am 19. 4. aufmerksam. — Endlich schildert «Kreditwesen» am 15. 4. «*Uruguays* Kampf mit der Inflation».

Wirtschaftsinformationen über die USA

Die *konjunkturelle Entwicklung* in den USA wird vom Hamburger «Wirtschaftsdienst» vom März, vom «Wochenbericht» Nr. 11 des Bankhauses Bär und von den deutschen «Gewerkschaftlichen Monatsheften» im April durchwegs zustimmend glossiert. — «FuW» verweist am 30. 3. auf die Schärfe, mit der die deutsche Chemie die mangelnde Bereitschaft Washingtons zu annehmbaren *Einfuhrbedingungen* geißelt. — Im *sozialpolitischen Bereich* ist ein Artikel des deutschen «Arbeitgebers» vom 5. 3. über die Möglichkeiten einer Verschärfung im Taft-Hartley-Antistreikgesetz instruktiv und für europäische Verhältnisse lehrreich. Dem «Economist» wird am 16. 3. aus Washington ein Korrespondentenbeitrag über den Verfall der dortigen Gewerkschaften geliefert. — Bezüglich «der amerikanischen *Kapitalinvestitionen* in der EWG» entnimmt man der «NZZ» vom 28. 3. (Nr. 86) genauere Angaben. — Endlich stellt im «Challenge» vom März Prof. A. Bergson der Harvard-Universität nachdenkliche Betrachtungen zum industriellen Wettlauf zwischen Amerika und der Sowjetunion an.

Hans Posse